

Protokoll

Nr. XIII/6/2021

der öffentliche Sitzung des Sozialausschusses

vom Mittwoch, dem 01.12.2021

Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr

Sitzungsende: 20:46 Uhr

I. Vorsitzende

Birk-Lemper, Karin

II. Die weiteren Ausschussmitglieder

Bolz, Ulrike

Höser, Roland

Kulp, Kevin

Lurz, Günther

Muschter, Jan

Rahner, Judith

Stöckl, Charlotte

Utterodt, Anja

vertritt Holm, Christian

vertritt Müller, Marcel

vertritt Weber, Matthias

III. Von der Stadtverordnetenversammlung

Fleischer, Hans-Peter

Kraft, Uwe

Moses, Andreas

Scheer, Cornelia

Schirner, Regina

Strutz, Birger

Töpperwien, Bernd

Zunke, Sandra

IV. Vom Magistrat

Pauli, Thomas

Dr. Göbel, Jürgen

V. Von den Beiräten

VI. Von der Verwaltung

VII. Als Gäste

VIII. Schriftführer

Dr. Sturm, Nico

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Seitens der CDU-Fraktion wird ein Dringlichkeitsantrag bezüglich der aktuellen Situation des Testzentrums im Jugendhaus eingebracht. Die Vorsitzende schlägt vor diesen als neuen Punkt 3.2 auf die Tagesordnung zu nehmen. Die Ausschussmitglieder folgen diesem Vorschlag einstimmig. Die Tagesordnung wird unter Berücksichtigung des neu aufgenommenen Punktes 3.2 wie folgt erledigt:

1. Genehmigung des Beschluss-Protokolls Nr. XIII/5/2021 über die Sitzung des Sozialausschusses am 26.10.2021

Beschluss

Es wird beschlossen, das Protokoll Nr. XIII/5/2021 über die Sitzung des Sozialausschusses am 26.10.2021 zu genehmigen.

Beratungsergebnis: 7 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 2 Stimmenthaltung(en)

2. Bericht aus den Kindertagesstätten der freien und kirchlichen Träger

Frau Zunke berichtet aus einer Sitzung der ev. Kindertagesstätte Anspach vom 27.10.2021. Seit August 2021 sei eine Vollzeitstelle unbesetzt. Demnach könnten aktuell von den 209,5 genehmigten Stunden lediglich 147 besetzt werden. Zum Zeitpunkt der Sitzung waren 40 Kinder in der Einrichtung angemeldet. Bis zum Jahresende sind zwei weitere Aufnahmen geplant. Bis auf in zwei Fällen sind alle von der Abschaffung des 15.00 Uhr – Moduls betroffenen Familien auf das 16.00 Uhr – Modul gewechselt. Der Haushaltsplan für das Jahr 2022 wurde im Rahmen der Sitzung vorgestellt.

Am 18.11.2021 hat eine Sitzung der ev. Kindertagesstätte Hausen stattgefunden. Aus dieser Sitzung berichtet Frau Zunke, dass der Geschäftsführer der Geschäftsstelle Kindertagesstätten des Evangelischen Dekanates Hochtaunus, Herr Glaser zugegen war um sich und die Geschäftsstelle vorzustellen. Gleichzeitig berichtet Frau Zunke, dass sie von der Vorstellung irritiert war, da ihr nicht bekannt war, dass diese Geschäftsstelle besteht und welche Aufgaben sie für die Kindertageseinrichtung übernimmt.

Die Verwaltung wurde beauftragt die Geschäftsstelle Kindertagesstätten des Evangelischen Dekanates Hochtaunus um weitere Informationen zu deren Auftrag, Funktionen, Organisationsstruktur etc. zu bitten, die diesem Protokoll beigefügt werden sollten. Die Geschäftsstelle Kindertagesstätten des Evangelischen Dekanates Hochtaunus informierte die Verwaltung darüber, dass aktuell keine entsprechenden Dokumente vorlägen die man zur Verfügung stellen könne und sagte gleichzeitig zu, dass entsprechende Unterlagen unaufgefordert nachgereicht werden sobald diese vorliegen.

Frau Zunke berichtet, dass 14 Kinder die Einrichtung in die Grundschule verlassen, es aber dennoch eine hohe Nachfrage und eine lange Warteliste gebe. Auch in dieser Einrichtung seien zum Tag der Sitzung 44 Fachkraftstunden unbesetzt gewesen. Von 22 Kindern haben mit der Abschaffung des 15.00 Uhr-Moduls 21 Kinder auf das 16.00 Uhr-Modul gewechselt. Lediglich eine Familie hat sich für das Basismodul entschieden.

Frau Bolz berichtet aus der Mitgliederversammlung des VzF. Der Verein adressiert mit seinen sozialen Dienstleistungen insgesamt ca. 1.600 Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Davon sind 116 Personen mit einer Behinderung.

In der Kindertagesstätte Taunusstraße wurden im Geschäftsjahr 2020 93 Kinder betreut (davon 9 Kinder mit Behinderung). In der Kindertagesstätte Mitte/MiniMitte wurden im gleichen Jahr 115 Kinder betreut von denen 13 einen Integrationsbedarf hatten.

3. Beratungspunkte

3.1 Fahrdienst für Seniorinnen und Senioren der Stadt Neu-Anspach, AMINA-Taxi

Vorlage: 365/2021

Herr Töpperwien fragt, ob die Vorlage nicht zu einem erhöhten Haushaltsansatz führen müsse. Herr Sturm berichtet für die Verwaltung, dass der entsprechende Haushaltsansatz für 2022 um 500,00€ auf 10.000,00€ erhöht wurde. Da die gelebte Praxis vermuten lässt, dass die Umsetzung des in der Vorlage vorgeschlagenen

Mechanismus teilweise zu einer nachträglichen Legitimation einer bereits gelebten Praxis führt und da vorgesehen ist den Eigenanteil der Nutzenden bei Fahrten nach Usingen von 2,00€ auf 3,00€ anzupassen, kann seitens der Verwaltung nicht zuverlässig prognostiziert werden, wie sich die durch die Stadt zu tragenden Kosten entwickeln werden. Den beiden formulierten Argumenten einer geringeren Kostenerhöhung stünde eine möglicherweise erhöhte Nutzung durch die (formale) Ausweitung der anfahrbaren Ziele in Usingen gegenüber.

Herr Kraft leitet aus der Gesamtzahl der Fahrten in Kombination mit den gefahrenen Kilometern plausibel ab, dass etwa 12 Fahrten pro Beförderungstag nach Usingen und zurück erfolgen müssten und fragt ob dies von der Verwaltung systematisch erhoben werde. Herr Sturm antwortet, dass es für jede Fahrt einen Beleg gebe aus dem das Fahrtziel hervorgehe. Es würde jedoch – insbesondere in der aktuellen Situation in der im LB51 eine noch höhere Arbeitsbelastung vorliege als ohnehin schon – einen hohen Aufwand bedeuten alle Belege aus dem Berichtsjahr nachträglich dahingehend zu prüfen. Er schlägt vor ab dem 01.01.2022 alle abgerechneten Fahrten gesondert nach Fahrten in die beiden Kommunen, Neu-Anspach und Usingen zu erheben und dies dem Ausschuss gegenüber in den Folgeberichten entsprechend kenntlich zu machen. Dieses Vorgehen findet breite Zustimmung bei den Ausschussmitgliedern.

Insgesamt findet die Vorlage – die im Vorfeld auch mit dem Seniorenbeirat abgestimmt wurde – breite Zustimmung seitens des Gremiums.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt den Vertrag mit dem Beförderungsunternehmen dahingehend anzupassen, dass die bisherigen Anfahrtsziele der Destination Usingen (Krankenhaus, MVZ Augenheilkunde) auf Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge (Fachärzte, die in Neu-Anspach nicht vorgehalten werden oder deren Dienstleistungen nicht abgerufen werden können), das Sanitätshaus sowie die Seniorenwohnheime auszuweiten. Für Fahrten nach Usingen ist ein Fahrpreis in Höhe von 3 € je Fahrt/Person von den Seniorinnen und Senioren zu entrichten. Der Grundpreis für alle Fahrtziele in Neu-Anspach bleibt bei 2 €.

Beratungsergebnis: 9 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

3.2 Situation Testzentrum im Jugendhaus

Frau Bolz verliest den angekündigten Eilantrag der CDU:

*Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
die CDU-Fraktion bittet Sie, den folgenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu nehmen.*

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Vertrag mit der Glockenapotheke für das Testzentrum im Jugendhaus mindestens bis zum 31.03.2022 zu verlängern und im Falle einer weiterhin angespannten Situation nach Absprache, auch den zweiten Raum, der für das Cafe Hartel reserviert ist, sowie das Büro als Umschlagpunkt für die mobilen Dienste wieder zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Die pandemische Lage in Deutschland entwickelt sich rasant und die Infektionszahlen nehmen erschreckende Höhen an. Das Land Hessen hat am 30.11.2021 neue Verhaltensregeln herausgegeben. Einerseits sind dringend Kontakte zu reduzieren, auf der anderen Seite wird auch doppelt Geimpften empfohlen, sich regelmäßig kostenlos testen zu lassen. Dazu müssen in Neu-Anspach ausreichend Möglichkeiten angeboten und die bereits bestehenden Angebote ausgeweitet werden. Weiter muss es dem Betreiber möglich sein, die strengen hygienischen Auflagen zu erfüllen und das Personal zu schützen. Das ist nur möglich, wenn der zweite Raum im Jugendhaus wieder zur Verfügung gestellt wird. Außerdem verkürzen sich dadurch die Wartezeiten für die Bürger im Freien vor dem Jugendhaus, da mehrere Personen gleichzeitig getestet werden können.

Ergänzend führt Frau Bolz aus, dass ihrer Fraktion bewusst ist, dass die Stadtverordnetenversammlung das relevante beschlussfassende Gremium für den Antrag ist. Man habe sich dennoch bewusst für eine

Einbringung in den Sozialausschuss entschieden, um der Verwaltung ggf. die Möglichkeit zu geben zeitnah aktiv zu werden.

Anknüpfend daran berichtet Frau Bolz, dass das Gerücht im Raum stehe, es solle Veränderungen bezüglich der Nutzung des Jugendhauses geben und bittet den Bürgermeister hierzu Stellung zu nehmen.

Herr Pauli berichtet, dass im September die Zahlen von sich freiwillig testenden Personen stark rückläufig waren. Katalysiert wurde diese Entwicklung zusätzlich von der Ankündigung der Bundesregierung die Bürgertests für Personen über sechs Jahren nicht mehr kostenlos zur Verfügung zu stellen, was auch operativ umgesetzt wurde. Hierdurch hat sich die Anzahl der Nutzenden so stark reduziert, dass das Testzentrum deutlich weniger Kapazitäten benötigte als bisher. In Absprache mit der Glockenapotheke hat der Bürgermeister dann den LB51 beauftragt gemeinsam mit dem VzF, der Bauverwaltung und dem Cafe Hartel den Umzug in die nicht mehr durch das Testzentrum benötigten Räumlichkeiten (Bistrobereich) zu planen. Während der Realisierung dieser Planungsarbeiten (Umbaumaßnahmen in der Küche durch das Cafe Hartel, Malerarbeiten durch den Baubetriebshof etc.), hat sich die pandemische Lage erneut stark verschärft und die Bundesregierung ihre Position der kostenpflichtigen Bürgertests wieder aufgegeben. Dies führte wiederum zu einer stärkeren Frequentierung des Testzentrums durch Bürgerinnen und Bürger und damit einhergehend zu einem gesteigerten Ressourcenbedarf der Glockenapotheke um den Bedarf der Bevölkerung decken zu können. Daher hat der Bürgermeister alle beteiligten Akteurinnen und Akteure (Glockenapotheke, Cafe Hartel, LB65 und LB51) zu einem gemeinsamen Termin am 02. Dezember 2021 eingeladen um das weitere Vorgehen abzustimmen. Der Bürgermeister macht deutlich, dass zu keiner Zeit im Raum stand das Testzentrum zu schließen, sondern, dass es ausschließlich um eine Herstellung der Passungsfähigkeit zwischen Testbedarf der Bevölkerung und Raumbedarf des Testzentrums ging.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Stellungnahme des Bürgermeisters zu Kenntnis.

4. Mitteilungen des Magistrats

Es liegen keine Mitteilungen vor

5. Anfragen und Anregungen

5.1 Ankündigung von Trauerfeiern auf der Homepage der Stadt

Herr Kulp bittet, dass die Verwaltung wieder damit beginnt auf der Homepage der Stadt Sterbefälle (Terminierte Trauerfeiern) bekannt zu geben.

5.2 Sachstand der wöchentlichen Impfkationen im Bürgerhaus

Frau Birk-Lemper bittet den Bürgermeister um eine kurze Information bezüglich der wöchentlich stattfindenden Impfkation durch das mobile Impfteam des Hochtaunuskreises im Bürgerhaus. Herr Pauli berichtet, dass die Impfkationen im Bürgerhaus ein großer Erfolg seien und die Nachfrage so hoch sei, dass ab der kommenden Woche (KW49) der Impftag von Mittwoch auf Dienstag verlegt wird, da die Stadt an diesen Tagen mehr räumliche Kapazitäten zur Verfügung stellen könne. Um auf der einen Seite die Wartezeiten für Bürgerinnen und Bürger im Außenbereich bei geringen Temperaturen möglichst zu verkürzen und auf der anderen Seite die vorgeschriebenen Abstände in den Innenräumen des Bürgerhauses gewährleisten zu können, stehen ab der KW 49 folgende zusätzliche Räumlichkeiten für die Impfkation zur Verfügung:

07.12.2021: kleiner Saal

14.12.2021: großer Saal

21.12.2021: großer Saal

28.12.2021: großer Saal

Frau Bolz erkundigt sich, ob die Verlegung des Impftages mit den Hochtaunuskliniken abgestimmt sei. Der Bürgermeister bejaht dies.

Herr Moses fragt den Bürgermeister ob dieser etwas zum Verhältnis von Erst-; Zweit-; und Dritimpfungen im Kontext des mobilen Impfangebotes der Hochtaunuskliniken im Bürgerhaus sagen könne. Der Bürgermeister berichtet, dass in etwa 20% der Impfungen Erstimpfungen seien und der überwiegende Anteil des Impfstoffes für Dritimpfungen (so genannte „Booster-Impfungen“) verwendet werde.

5.3 Sachstand zur Aktualisierung des Sportstättenentwicklungskonzeptes

Herr Muschter erkundigt sich nach dem aktuellen Aktualisierungsstand des Sportstättenentwicklungskonzeptes wie es der Ausschuss in seiner vorletzten Sitzung beschlossen hat. Der Bürgermeister erläutert, dass die Arbeitsbelastung auf Seiten des LB51 pandemiebedingt aktuell so hoch sei, dass der Arbeitsauftrag des Ausschusses noch nicht umgesetzt werden konnte. Aus der Rückfrage ergibt sich eine Diskussion darüber, welcher Verein vor dem Hintergrund des Sportstättenentwicklungskonzeptes in eine der nächsten Sitzungen eingeladen werden solle. Da ein möglicher Verkauf des Sportplatzes an der Grundschule Wiesenau die Abteilung Leichtathletik wesentlich betrifft, wird angeregt den Gesamtvorstand der SG Anspach in die nächste Sitzung zu laden. Herr Moses berichtet, dass der Verein sich hierzu aktuell in internen Abstimmungsprozessen befinde, welche ggf. bis zur nächsten Sitzungsrunde noch nicht abgeschlossen sein könnten. Darum solle die Verwaltung gebeten werden mit dem Verein in Kontakt zu treten, um einen Termin abzustimmen, an dem diese vereinsinternen Klärungsprozesse bereits erfolgt sind. Diese Anregung findet breite Zustimmung seitens der Ausschussmitglieder.

5.4 Sachstand zum Projekt KOMPASS

Frau Bolz berichtet, dass sie mehrfach darauf angesprochen wurde, welche Erkenntnisse und Ergebnisse sich aus dem Projekt KOMPASS ergeben hätten. Sie weist darauf hin, dass an die Bevölkerung keine Ergebnisse kommuniziert worden seien.

Der Bürgermeister berichtet, dass die erste Sicherheitskonferenz, die im Spätsommer 2021 stattgefunden hat, das Ziel hatte die Institutionen Vereine und weitere Beteiligte des öffentlichen Lebens in Neu-Anspach einzubinden, um deren Erfahrungen und Einschätzungen in das Projekt Kompass einfließen zu lassen. In einer gleichzeitigen Gesamtschau dieser Rückmeldungen mit den bereits vorliegenden Informationen (Umfrage auf dem Nikolausmarkt etc.) werde sich das Projektteam nach dieser ersten Sicherheitskonferenz intensiv befassen und konkrete Maßnahmen zur Erhöhung der (sowohl gefühlten als auch tatsächlichen) Sicherheit erarbeiten. Diese werden im Rahmen einer zweiten Sicherheitskonferenz den beteiligten Institutionen vorgestellt. Eine öffentliche Kommunikation erfolgt wenn konkrete Maßnahmen benannt werden können.

Die Vorsitzende bedankt sich für die konstruktive Zusammenarbeit und schließt die Sitzung um 20.46

Karin Birk-Lemper
Ausschussvorsitzende

Dr. Nico Sturm
Schriftführer